

Vossische



Zeitung

20 Pfennig

Gegebenst

1704

Derlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechs mal (Morgen- und Abendblatt vereinigt). Sonntags mit der illustrierten Beilage; „Zwölfmal“ — „Sonntags-Beilage“ — „Wacht und Leben“ — „Umschau“ — „Umsicht“ — „Wochenblatt“ — „Für Reise und Wanderung“.

Wöchentlich 1,- Mark, monatlich 4,80 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Ersatz. Anzeigenpreise in Goldmark, num.-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredaktion: Georg Bernhard. Verwan. Redakt. (m. Ausw.) Handeltstätt: Carl Misch, Berlin. Druck: Mansch. werr nur spiegelwand, wenn Porto bel.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein A., Am Dönhofs 5000-3063. für den Fernverkehr Am Dönhofs 5063-3066. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Räumung Kölns 1. Dezember beschloffen

Verminderung der alliierten Befestigungsstärke / Truppenherausnahme aus den Städten / Weitgehende Amnestie / Antwort über Entwaffnung am Montag

Beschluß der Vossischer

Redaktionsdienst der „Vossischen Zeitung“

in Paris, 14. November

Die heute nachmittag in Paris zusammengetretene Vossischer-Konferenz hat zwei wichtige Beschlüsse gefaßt: Sie hat die Räumung der Städte von den 1. Dezember festgesetzt und die sofortige Abführung einer Note an die deutsche Regierung beschloffen, in der die Abänderungen des Regimes der besetzten Rheinlande begehrt werden.

Die umfängliche Mitteilung über die Sitzung der Vossischer-Konferenz lautet:

„Infolge der Mitteilungen, welche die Vossischer-Konferenz von der deutschen Regierung erhalten hat, trat sie heute nachmittag um 5 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Am Beschlusse dieser Sitzung hat die Konferenz beschlossen, noch heute abend eine Note an die deutsche Regierung zu richten, in der sie die Abänderungen bekennt, welche die Alliierten im Regime der besetzten Rheinlande einzuführen zu lassen geneigt sind. Am Beschlusse hat die Vossischer-Konferenz Kenntnis von den Statuten der deutschen Regierung, welche die noch festliegenden Einwohnungsfragen betreffen und in der der Aufsicht gelangt, daß diese Mitteilung geeignet ist, umwurzelt zu werden, zur Räumung der Städte von zu führen. Die Vossischer-Konferenz hat deshalb beschlossen, den 1. Dezember als den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem diese Räumung beginnen wird. Die Vossischer-Konferenz hat dem deutschen Vossischer folgt von ihrem Beschlusse Mitteilung gemacht. Sie wird am Montag wieder zusammenzutreten, um den Beschlusse der Note festzusetzen, durch welche der deutschen Regierung Mitteilung von den heute gefaßten Beschlüssen gemacht wird.“

Die Sitzung der Vossischer-Konferenz dauerte von 5 bis gegen 8 Uhr. Ihr Ergebnis entspricht den Mitteilungen, die bei der Vorbereitung der Sitzung von Montag auf Sonnabend gemacht wurden. Die Verhandlungen, die der Sitzung der Vossischer-Konferenz vorausgingen, haben offenbar einen allseitig befriedigenden Verlauf genommen. Ebenso mündliche Befragungen, die noch unmittelbar vor der Sitzung zwischen dem deutschen Vossischer für die Währungsfragen, dem norddeutschen Vossischer für die Währungsfragen, Dr. A. v. B. und dem Währungsbeauftragten der Vossischer-Konferenz stattgefunden haben.

Die Vossischer-Konferenz hat die Befestigungsregime umfassen nach Ansicht auf unterirdischer Straße in erster Linie eine beträchtliche Verminderung der alliierten Truppenbesätze im Rheinland. Außerdem ist auf alliierter Seite beabsichtigt, die Garnisonen möglichst entfernt von größeren Städtelagern unterzubringen. Einblid beabsichtigen die alliierten Regierungen, weitgehende Amnestieerlasse zugunsten der wegen politischer Vergehen verurteilten Personen zu erlassen.

Ueber die kritischen Punkte der Entwaffnungsfrage werden die Verhandlungen zwischen der deutschen und den alliierten Regierungen noch bis Montag fortgesetzt. Man glaubt in Kreisen der Vossischer-Konferenz, daß man bis dahin eine für beide Teile befriedigende Lösung gefunden haben wird. In diesem Falle wird die Vossischer-Konferenz am Montag an die Reichsregierung über die Entwaffnungsfrage eine Note richten und ihr darin die übrigen Entscheidungen im Rheinlandregime mitteilen, die u. a. in der Abführung der Streitobrigkeiten, der Einsparung der Soldaten der Kriegesgefahren und der Wiederherstellung deutscher Gerichte mit der Abstellung gewisser Besorgnisse bestehen würde.

Der Beschluß der Vossischer beweist, daß die Abänderungen, die in Locarno getroffen worden sind, von den alliierten Regierungen eingehalten werden. Die Reichsregierung wird demnach aller Voraussicht nach zu dem Beschlusse kommen, im Beschlusse für die Zustimmung zu dem Vertragswerk von Locarno einzutreten. Die Räumung des norddeutschen Rheingebiets und die Festlegung der Abänderungen bildet den Auftakt zu den entscheidenden inner-

politischen Verhandlungen der Woche, die durch die Parteilisten der Deutschen in Berlin und des Zentrums in Köln eingeleitet wird. Die Tagung des Zentrums wird infolge von besonderer aktueller Bedeutung sein, als von der Sozialdemokratie betont wird, daß eine eindeutige Entscheidung in Köln für die künftige Gestaltung der Sozialdemokratie in die Wege führen würde. Dr. Brüning und seine Anhänger treten dafür ein, daß die Verhandlungen öffentlich geführt werden. Eine Verleumdung der gegenwärtigen der demokratischen-republikanischen Bewegung und der Gruppe der Sozialdemokraten wird von dieser Seite abgelehnt.

Am deutsch-nationalen Lager wächst die Empörung über den kurzfristigen Parteigang, der in der Fahrtenliste vor der Entlassung zum Ausdruck kam. Wie das Vossische Telegrammbüro durch diese Haltung eine ungewisse Anzahl von Kritikern zu verzeichnen, so daß sich aus dieser Aktion noch sehr günstige Folgen für die deutsche nationale Volkspartei zu entwickeln scheinen“. Nach einer Mitteilung des Reichsrichters der deutschen Presse rednet man in parlamentarischem Kreise mit einer Abspaltung von etwa 30 bis 35 Abgeordneten, die eine Art von freiconfessionärer Partei bilden wollen. Der Beschluß, die klare Stellungnahme des Reichspräsidenten zu finden zu verurteilen, ist mitteilungen, und die Zustimmung von Mitgliedern, mit der die deutsch-nationalen Parteilisten dem Sturm der Kritik zu begegnen, ist jedoch noch die Zustimmung gegen dieses Verhalten in allen verantwortungsbewußten Kreisen des Volkes.

Das Londoner Locarno-Programm

Redaktionsdienst der „Vossischen Zeitung“

in London, 14. November

Heute wird bekanntgegeben, daß nunmehr einleitendes Programm für die Feierlichkeiten anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages von Locarno zwischen der englischen Regierung und der City von London vereinbart worden ist: Am 29. und 30. November feierlicher Empfang der Delegationen der einzelnen Länder; am 1. Dezember, mittags 12 Uhr, Unterzeichnung der Verträge im Foreign Office, im Anschluß daran das Diner in der Guildhall, gegeben von der Lorden-Subkommission, abends Diner und Empfang im Buckingham-Palast. Am 2. Dezember abends gibt der Premierminister Baldwin im St.-James-Palast, das fest von Bringen von Belles befehlet wird, ein Diner und einen Empfang für die Delegationen. Am 3. Dezember werden die Delegationen alle wieder die Rückreise antreten. Die französische Delegation wird im Grand-Hotel wohnen, die belgische im Carlton-Hotel und für die deutsche Delegation hat die englische Regierung im Hotel-Quartier bestellt. Den Delegationen werden von der englischen Regierung Autos, die durch Gasolen der betreffenden Länder lenntlich gemacht sind, zur Verfügung gestellt werden.

Primo de Rivera's Palast in Flammen

Redaktionsdienst der „Vossischen Zeitung“

in London, 14. November

Im Palast von Primo de Rivera ist eine aufsehenerregende Brandstiftung hinterbracht Feuerbrand entstanden, die das ganze zweite Stockwerk, in dem sich die Operationszentrale für den Krieg in Marocco befand, zerstört hat. Die offizielle spanische Mitteilung besagt, daß der Brand fast durch ein Versehen in der Behandlung der Sprengstoffanlagen entstand. Da die Sprengstoffanlagen in dem betroffenen Palast aber im Centreland gelegen ist, ist nicht recht ersichtlich, wie ausgerechnet sich die Feuerbrand mit Windeseile fort ausbreitet in der zweiten Etage des Palastes zerstört werden konnte.

Diener des Volkes

von Georg Bernhard

Es war zu erwarten, daß General Ludendorff die Gelegenheit des Rheinischer Soldatenspiegel nicht verstreuen lassen würde, ohne sich für seine Berlin nun auch nach über die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918 zu äußern. Bei den Beschlüssen, die so nach und nach in Deutschland eingetriben sind, würde man sich ja nicht wundern, wenn man bemerkt in dieser Frage sogar ein wenig deutsches Gerichte als Sonderhändler betrogen würde. Vorläufig hat er seine Meinung nur im deutsch-wichtigen Offizierskreise zum besten gegeben. Daß er dabei sich zu weitgehender Verdacht hat, war wollte es ihm verdienen? Auch kann es ihm nicht weh tun, wenn er immer noch nicht einsehen will, was für einmaliger politischer Fehler seine sogenannte fürnländische Eiderungsstille gewesen ist. Viel schlimmer aber ist es, daß er für seine Verteidigung Argumente mäßigt, die im Ausland geradezu als eine nachträgliche Rechtfertigung der Sache und Gesamtarbeit betrachtet werden können, mit denen die Alliierten das deutsche Volk beim Waffenstillstand und beim Friedensvertrag behandelt haben. Wie bekannt, geht der hauptsächlichste Vorwurf gegen das Verhalten Ludendorffs bei Kriegsende dahin, daß er zunächst die gefährliche militärische Lage an dem Fronten verschwiegen, hinterher zu einem überhöhten Waffenstillstand gedrängt und auf diesem Drängen auch befehrt hat, nachdem ihm die Reichsregierung auf die verhängnisvollen Folgen dieser überhöhten Aktion aufmerksam machte. Wegen dieser Vorwürfe hat nun der General Ludendorff in seinem Bortrage eingewandt, daß die Absicht seiner Waffenstillstands-Angebote war: „entweder unter annehmbaren Bedingungen zum Frieden zu kommen, oder weiter zu kämpfen, wenn das Meer von Wolke neue Strafe ausgeübt hätte, falls dieses feilsch, daß es einen Friedensvertragsfrieden nicht bekommen könnte. Auf einen Frieden zu gehen, wenn die Alliierten des Präsidenten Willen hat allerdings mit dem General Ludendorff damals das ganze Volk gehofft. Und ohne Ludendorff der Parteien steht wohl die große Mehrheit des deutschen Volkes auch heute noch auf dem Standpunkt, daß der weitere Verlauf des Krieges nicht mit dem entwirrt werden man allgemein damals erwarten zu können glaubte. Aber nichts ist charakteristischer als die Vorstellung Ludendorffs, daß damals eine Auslöschung dafür bestand, den Waffenstillstand ohne die Auffassung der Volkstrübe beruhen zu können, um dann von neuem loszulegen. Ludendorff hat damals das Volk heute triumphierend auf diese Abkehrung Ludendorffs hinweisen und seine harten Waffenstillstandsbedingungen rechtfertigen. Wenn Ludendorff selbst bezeugt ihm ja, daß seine Waffenstillstandsangebot gewissermaßen eine Kriegstillfein sollte, die ihm erlaubt, wieder zu kämpfen zu kommen. Aber viel wichtiger ist doch das selbe Sachlage, das diese Abkehrung auf Ludendorffs leidfertige und gleichzeitig überlebende Gedankenswelt. Einer der ersten Überlebenden dieser großen Zeit der Kriegszeit ist es immer gewesen, daß man niemals im Kluge und die Entschlossenheit des Gegners unterschätzen dürfe. Genau die gleiche Lehre gilt auch für die Politik. Wenn es sich bei Ludendorff nicht um eine hinterher erkundene Abreise handelt, sondern wenn die Alliierten Verhandlungen wirklich den Absichten entgegen, die er bei dem Drängen auf einen Waffenstillstand im September 1918 gehabt hat, zu mühte man wirklich feilungsslos diesem Gemäch von Leidfertigkeit und lindlicher Rationalität gegenüberstellen. Hat er wirklich jemals daran geglaubt, daß ein Waffenstillstandsangebot in jener verhängnisvollen Stunde zum Gegener unter dem Namen des Waffenstillstandes akzeptiert werden würde als nur unter solchen, die das Zeitkämpfer unmöglich machen müßten? Es gibt ja heute immer noch Leute in Deutschland, die die Auffassung haben, die deutsche Alliierten lief im Augenblick des deutschen Waffenstillstandsangebots ebenfalls bedeutend schäme gewesen. Gerade, wenn das richtig ist, zu mühte sich der General Ludendorff doch darüber klar sein, daß dann er nicht der Feind die Gelegenheit benutzen würde, Waffenstillstandsbedingungen festzulegen, die ihm nicht noch einmal in eine fürnländische Lage bringen würden. Es ist wirklich ein trauriges Bild, zu sehen, wie der Mann, dessen aufopfer-